

Drittes Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts.

Vom 23. Juli 1958.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Die von den Besatzungsbehörden erlassenen, in der Anlage 1 dieses Gesetzes aufgeführten Vorschriften werden aufgehoben.

(2) Gesetz Nr. 42 der Alliierten Hohen Kommission — Küsten- und Binnenschifffahrt — vom 14. Dezember 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission S. 707) ist für Seeschiffe, die nach dem Flaggenrechtsgesetz vom 8. Februar 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 79) die Bundesflagge führen, nicht mehr anzuwenden.

§ 2

(1) Die vom Kontrollrat in Deutschland erlassenen, in der Anlage 2 dieses Gesetzes aufgeführten Vorschriften verlieren im Geltungsbereich dieses Gesetzes ihre Wirksamkeit.

(2) Die zu den Gesetzen Nr. 14 und Nr. 51 des Kontrollrats erlassenen Durchführungsverordnungen der Länder und die zur Ausführung des Gesetzes Nr. 39 des Kontrollrats erlassene Verordnung über Ausstellung von Erkennungsflaggenzeugnissen vom 11. August 1948 (Verordnungsblatt für die Britische Zone S. 235) werden aufgehoben.

§ 3

Soweit die in den §§ 1 und 2 bezeichneten Vorschriften vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ganz oder teilweise ihre Gültigkeit verloren haben, hat es hierbei sein Bewenden.

§ 4

(1) Die Rechte der Eigentümer an den ihnen übertragenen Vermögensgegenständen des ehemaligen Deutschen Roten Kreuzes bleiben unberührt.

(2) Dasselbe gilt für die Verbindlichkeiten der Länder gegenüber Beamten und Versorgungsempfängern der ehemaligen britischen Zonenbehörden.

§ 5

§ 13 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1793) wird durch § 2 Abs. 1 nicht berührt.

§ 6

(1) Das Kraftfahrzeugsteuergesetz in der Fassung vom 30. Juni 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 417) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 1 erhält die folgende Fassung:

„§ 1

Grundsatz

(1) Der Steuer unterliegt

1. das Halten eines Kraftfahrzeugs oder eines Kraftfahrzeug-Anhängers zum Verkehr auf öffentlichen Straßen;
2. die Zuteilung eines Kennzeichens für Probe- und Überführungsfahrten mit Kraftfahrzeugen oder Kraftfahrzeug-Anhängern;
3. die widerrechtliche Benutzung eines Kraftfahrzeugs oder eines Kraftfahrzeug-Anhängers auf öffentlichen Straßen.

(2) Die Vorschriften über die Besteuerung von Kraftfahrzeugen gelten, soweit nichts anderes bestimmt ist, für die Besteuerung von Kraftfahrzeug-Anhängern entsprechend, für die Besteuerung von Kennzeichen für Probe- und Überführungsfahrten sinngemäß.“

2. In § 2

a) erhält die Nummer 2 die folgende Fassung:

„2. Kraftfahrzeugen, solange sie ausschließlich im Dienst der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes, der Polizei oder des Zollgrenzdienstes verwendet werden, jedoch nicht von Personenkraftfahrzeugen mit weniger als acht Sitzplätzen;“,

b) erhält die Nummer 4 die folgende Fassung:

„4. Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeug-Anhängern, solange sie für den Bund, ein Land oder eine Gemeinde zugelassen sind und ausschließlich zur Straßenreinigung, zur Müll- oder Fäkalienabfuhr verwendet werden. Voraussetzung ist, daß die Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeug-Anhänger nach ihrer Bauart und ihren besonderen, mit ihnen fest verbundenen Einrichtungen nur für die bezeichneten Verwendungszwecke geeignet und bestimmt sind;“,

- c) wird die folgende neue Nummer 5 eingefügt:
 „5. Zugmaschinen und Anhängern hinter Zugmaschinen, solange sie ausschließlich in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben verwendet werden;“,
- d) erhält die bisherige Nummer 5 die Nummer 6.
3. In § 4 Abs. 1
- a) wird die folgende neue Nummer 3 eingefügt:
 „3. bei der Zuteilung eines Kennzeichens für Probe- und Überführungsfahrten, die Person, der das Kennzeichen zugeteilt ist;“,
- b) erhält die bisherige Nummer 3 die Nummer 4.
4. § 11 erhält den folgenden neuen Absatz 4:
 „(4) Bei der Zuteilung eines Kennzeichens für Probe- und Überführungsfahrten beträgt die Steuer
- | | |
|---|----------|
| 1. für Kennzeichen, die für Kraftfahrzeuge jeder Art auf die Dauer eines Kalenderjahres gelten, | 375,— DM |
| 2. für Kennzeichen, die nur für Krafträder auf die Dauer eines Kalenderjahres gelten, | 90,— DM |
| 3. für Kennzeichen, die für bestimmte Probe- oder Überführungsfahrten auf die Dauer bis zu 15 Tagen gelten, täglich | 1,50 DM |

- | | |
|---|----------|
| 4. für Kennzeichen, die nur für Anhänger auf die Dauer eines Kalenderjahres gelten, | 125,— DM |
| 5. für Kennzeichen, die nur für Anhänger tageweise gelten, täglich | 1,— DM, |
| in jedem Fall jedoch mindestens | 5,— DM.“ |

5. In § 12

- a) wird die folgende neue Nummer 7 eingefügt:
 „7. wenn ein Kennzeichen für Probe- und Überführungsfahrten zugeteilt wird, im Zeitpunkt der Zuteilung;“,
- b) erhält die bisherige Nummer 7 die Nummer 8.

(2) Die Verordnung über die Befreiung von Arbeitsmaschinen von der Kraftfahrzeugsteuer vom 21. Dezember 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 1140) ist anzuwenden.

§ 7

Im Land Berlin gilt nur § 6 dieses Gesetzes nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1). Artikel I Nr. 2 des Gesetzes des Landes Berlin zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 3. August 1950 (Verordnungsblatt für Groß-Berlin Teil I S. 379) bleibt unberührt.

§ 8

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

§ 9

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 23. Juli 1958.

Der Bundespräsident
 Theodor Heuss

Für den Bundeskanzler
 Der Bundesminister der Justiz
 Schäffer

Der Bundesminister der Justiz
 Schäffer

Anlage 1
 (zu § 1)

(Bei den mit * bezeichneten Vorschriften ist an Stelle des fehlenden Ausfertigungsdatums der Tag des Inkrafttretens angegeben.)

A
Alliierte Hohe Kommission (AHK)

		Amtsblatt der AHK für Deutschland
		Seite
I. Gesetze		
Gesetz Nr. 6 vom 21. September 1949	Besetzungsgutscheine	10
Gesetz Nr. 8 Durchführungsverord- nung Nr. 1 vom 3. April 1954	Beschwerdeausschuß für Patentsachen (berichtigt:	2879 3077)
Gesetz Nr. 15 vom 15. Dezember 1949	Aenderung von Rechtsvorschriften über Bankwesen und Währungsreform	70
Gesetz Nr. 25 vom 4. Mai 1950	Anwendung der in den Rechtsvorschriften der Besatzungs- mächte enthaltenen Strafbestimmungen	287
Gesetz Nr. 29 Artikel 2, 3, 4 und 5 vom 29. Juni 1950	Aenderung von Rechtsvorschriften über Banken und Wäh- rungsreform	470
Gesetz Nr. 31 vom 13. Juli 1950	Gegenseitige Rechts- und Amtshilfe zwischen Besatzungs- gerichten und Besatzungsbehörden in Strafsachen in der Fassung des AHK-Gesetzes Nr. 52 vom 26. April 1951	490 882
Gesetz Nr. 33 Artikel 4 vom 2. August 1950	Devisenbewirtschaftung	514
Gesetz Nr. 52 vom 26. April 1951	Erste Abänderung des Gesetzes Nr. 31 (Gegenseitige Rechts- und Amtshilfe zwischen Besatzungs- gerichten und Besatzungsbehörden in Strafsachen)	882
Gesetz Nr. 85 vom 4. Februar 1955	Rechtsgültigkeit von Legitimationen und Annahmen an Kindes Statt	3205
Gesetz Nr. A - 15 Artikel 2 vom 26. April 1951	Beseitigung der Wirksamkeit gewisser Artikel des Kon- trollratsgesetzes Nr. 47	880
II. Entscheidungen		
Entscheidung Nr. 2 vom 16. Mai 1950	Gesetzgebung der AHK	317
Entscheidung Nr. 7 vom 20. September 1950	Aufhebung der Kontrolle über bestimmte Kohlenberg- werke	616
Entscheidung Nr. 8 vom 7. November 1950	Aufhebung der Kontrolle über die westfälische Bergbau- und Kohlenverwertungs-AG	665

B
Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte (SHAEF)

		Amtsblatt der Militär- regierung Deutschland	
		Heft	Seite
Gesetz Nr. 5**) ohne Datum	Auflösung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter- partei (NSDAP)	3	11

**) Dieses Gesetz ist ebenfalls veröffentlicht im Amtsblatt der Militärregierung Deutschland (Amerikanisches Kontrollgebiet Ausgabe A, S. 17).

C

Militärregierung Deutschland — Amerikanisches Kontrollgebiet (US-MR)

		Amtsblatt der Militär- regierung Deutschland Amerikanisches Kontrollgebiet	
		Heft	Seite
I. Gesetze			
Gesetz Nr. 10 vom 1. Dezember 1947	Annahme an Kindes Statt seitens Staatsangehöriger der Vereinten Nationen	H	1
		(berichtigt: I	27)
Gesetz Nr. 15 vom 15. März 1949	Verwaltungsangehörige der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in der Fassung der Ersten Änderung vom 20. Mai 1949	M	2
		N	3
Gesetz Nr. 21 vom 15. Juni 1949	Rechtliche Wirkung von Notariatsakten des vorläufigen Amtes für deutsche Angelegenheiten	N	13
Gesetz Nr. 25 vom 1. September 1949	Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Über- gangsbestimmungen)	O	17
II. Verordnungen			
Verordnung Nr. 23 vom 31. Dezember 1948	Rechtsschutz gegen widerrechtliche Beschränkung der persönlichen Freiheit	H	7
Verordnung Nr. 27 vom 1. August 1948	Besitz von Personalausweisen und Wohnen von gewissen verschleppten Personen	J	55
Verordnung Nr. 32 vom 18. August 1948	Strafprozeßordnung für die Gerichte der amerikanischen Militärregierung in Deutschland in der Fassung der 1. Änderung vom 5. Mai 1949 und der US-HK-Gesetze Nr. 9 vom 25. September 1950 Amtsblatt der AHK Seite 631 und Nr. 28 vom 3. Januar 1952 Amtsblatt der AHK Seite 1406	K	44
		N	26
Verordnung Nr. 33 vom 18. August 1948	Zivilprozeßordnung für die Gerichte der amerikanischen Militärregierung in Deutschland in der Fassung der US-HK-Gesetze Nr. 8 vom 18. September 1950 Amtsblatt der AHK Seite 629 und Nr. 29 vom 3. Januar 1952 Amtsblatt der AHK Seite 1407	K	55

D

Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten für Deutschland (US-HK)

		Amtsblatt der AHK für Deutschland
I. Gesetze		Seite
Gesetz Nr. 8 vom 18. September 1950	Erste Änderung der Verordnung Nr. 33 der Militär- regierung (Zivilprozeßordnung für die Gerichte der amerikanischen Militärregierung in Deutschland)	629
Gesetz Nr. 9 vom 25. September 1950	Zweite Änderung der Verordnung Nr. 32 der Militär- regierung (Strafprozeßordnung für die Gerichte der amerikanischen Militärregierung in Deutschland)	631

		Seite
Gesetz Nr. 15 vom 1. November 1950	Zur Ausführung des Gesetzes Nr. 31 der AHK — Gegenseitige Rechts- und Amtshilfe zwischen Besatzungsgerichten und Besatzungsbehörden in Strafsachen —	683
Gesetz Nr. 20 vom 24. Mai 1951	Amerikanisches Gericht und Berufungsgericht der AHK für Deutschland	919
	in der Fassung	
	der US-HK-Gesetze	
	Nr. 27 vom 3. Januar 1952	1404
	Nr. 37 vom 14. Oktober 1953	2746
	Nr. 38 vom 10. Dezember 1953	2791
	Nr. 40 vom 19. Januar 1954	2813
	Nr. 45 vom 29. März 1955	3226
Gesetz Nr. 23 vom 11. Juli 1951	Gerichtsbarkeit des amerikanischen Gerichts und des amerikanischen Berufungsgerichts der AHK über frühere Angehörige der alliierten Streitkräfte in Kraftfahrzeugunfallsachen	1022
Gesetz Nr. 27 vom 3. Januar 1952	Erste Änderung des Gesetzes Nr. 20 des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten	1404
Gesetz Nr. 28 vom 3. Januar 1952	Dritte Änderung der Verordnung Nr. 32 der Militärregierung	1406
Gesetz Nr. 29 vom 3. Januar 1952	Zweite Änderung der Verordnung Nr. 33 der Militärregierung	1407
Gesetz Nr. 37 vom 14. Oktober 1953	Zweite Änderung des Gesetzes Nr. 20 des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten	2746
Gesetz Nr. 38 vom 10. Dezember 1953	Dritte Änderung des Gesetzes Nr. 20 des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten	2791
Gesetz Nr. 40 vom 19. Januar 1954	Vierte Änderung des Gesetzes Nr. 20 des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten	2813
Gesetz Nr. 45 vom 29. März 1955	Fünfte Änderung des Gesetzes Nr. 20 des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten	3226
II. Anordnung vom 31. August 1953	Interimistischer Gemischter Parole- und Gnadenausschuß	2655

E

Militärregierung Deutschland — Britisches Kontrollgebiet (UK-MR)

I. Gesetze

		Seite
Gesetz Nr. 15 vom 15. März 1949	Verwaltungsangehörige der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	1152
	in der Fassung	
	der Ersten Änderung vom 20. Mai 1949	1149
Allgemeine Verfügung Nr. 5 auf Grund des Gesetzes Nr. 52 vom 22. Dezember 1945*	Kohlenbergwerke und angegliederte Betriebe im Britischen Kontrollgebiet	64

		Seite
II. Verordnungen		
Verordnung Nr. 39 Artikel IX vom 31. Juli 1946	Konsumvereine	284
Verordnung Nr. 68 vom 27. März 1950	(Neufassung) Gerichte der Kontrollkommission in der Fassung der UK-HK Verordnungen Nr. 222 vom 19. Dezember 1950 und Nr. 244 vom 19. Mai 1952 Ergänzt durch Verfahrensvorschrift vom 21. April 1949	Amtsblatt der AHK Seite 179 Amtsblatt der AHK Seite 712 Amtsblatt der AHK Seite 1692 1142
Verordnung Nr. 72 vom 27. März 1950	(Neufassung) Strafverfahrensordnung für die Gerichte der Kontrollkommission in der Fassung der UK-HK Verordnung Nr. 222 vom 19. Dezember 1950	Amtsblatt der AHK Seite 196 Amtsblatt der AHK Seite 712
Verordnung Nr. 120 vom 1. Januar 1948	Trial by Jury in der Fassung der Verordnung Nr. 164 vom 21. August 1948 und der UK-HK Verordnung Nr. 251 vom 26. September 1953	661 837 Amtsblatt der AHK Seite 2698
Verordnung Nr. 152 Artikel XI vom 1. April 1948*	Neuregelung der Finanzverwaltung	789
Verordnung Nr. 160 vom 1. April 1948*	Auflösung der Zonenhaushalte	832
Verordnung Nr. 164 vom 21. August 1948*	Änderung der Verordnung Nr. 120 (Trial by Jury)	837
Verordnung Nr. 168 vom 1. September 1948	Enteignung zum Zwecke der Beschaffung von Unterkünften für die Besatzungsbehörden	979
Verordnung Nr. 194 vom 27. Juni 1949*	Auslegung des Gesetzes des Zweizonen-Wirtschaftsrates zur Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol	Teil 10 B 7
Verordnung Nr. 201 vom 1. September 1949*	Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Übergangsbestimmungen)	Teil 10 B 17
III. Bekanntmachungen		
Bekanntmachung ohne Datum	Genehmigung verbotener Rechtsgeschäfte	Teil 12 B 1
Bekanntmachung vom 1. April 1948*	Gründung von Landeszentralbanken	748

F

Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs für Deutschland (UK-HK)

		Amtsblatt der AHK für Deutschland
I. Verordnungen		Seite
Verordnung Nr. 222 vom 19. Dezember 1950	Bezeichnung der Gerichte der Kontrollkommission und Abänderung der Verordnung Nr. 68 und der Verordnung Nr. 72	712
	(berichtigt:	734)
Verordnung Nr. 244 vom 19. Mai 1952	Änderung der Verordnung Nr. 68 (Gerichte der Kontroll- kommission)	1692
Verordnung Nr. 251 vom 26. September 1953	Änderung Nr. 2 der Verordnung Nr. 120 (Trial by Jury)	2698

G

Französisches Oberkommando in Deutschland (FCC)

		Amtsblatt des französi- schen Oberkommandos in Deutschland
I. Verordnungen		Seite
Verordnung Nr. 30 vom 3. Januar 1946	Auflösung des Deutschen Roten Kreuzes im französischen Besatzungsgebiet	93
	(berichtigt:	100)
Verordnung Nr. 80 Artikel 7 vom 3. März 1947	Aufhebung und Abänderung der Verordnung Nr. 2 be- treffend die Herausgabe von Amtsblättern in der fran- zösischen Besatzungszone	584
	(berichtigt:	642)
Verordnung Nr. 86 vom 16. April 1947	Errichtung des Roten Kreuzes in den einzelnen Ländern	679
Verordnung Nr. 102 Artikel 3 bis 8 vom 8. Juli 1947	Neuorganisation der Amtsbereiche der Amtsgerichte und Ausdehnung der Zuständigkeit der Schöffen	870
Verordnung Nr. 116 vom 18. Oktober 1947	Bodenreform	1163
Verordnung Nr. 153 vom 3. Mai 1948	Bestimmung einer Frist zur Geltendmachung von Forde- rungen an die Besatzungsbehörden	1471
Verordnung Nr. 155 a vom 16. Juni 1948	Ermächtigung für die Landeszentralbanken, der Bank deutscher Länder beizutreten	1503
	. in der Fassung des AHK-Gesetzes Nr. 29 vom 29. Juni 1950	Amtsblatt der AHK Seite 470

II. Verfügungen des Commandant en Chef

Verfügung Nr. 132 vom 4. August 1949	Übertragung der Vermögenswerte des früheren Deut- schen Roten Kreuzes auf die Gesellschaften des Roten Kreuzes der Länder	2097
---	---	------

III. Verfügungen des Administrateur Général

Verfügung Nr. 76 vom 23. Juli 1946	Wiedereröffnung der Verwaltungsgerichte im franzö- sischen Besatzungsgebiet	256
Verfügung Nr. 205 vom 29. März 1947	Wiederherstellung der Schöffengerichte	669

H

Hoher Kommissar der Französischen Republik für Deutschland (FR-HK)

		Amtsblatt der AHK für Deutschland
		Seite
I. Verordnungen		
Verordnung Nr. 242 vom 1. Juni 1950	Die französischen Gerichte der AHK für Deutschland	421
Verordnung Nr. 243 vom 1. Juni 1950	Das Verfahren in Strafsachen vor den französischen Gerichten der AHK	427
Verordnung Nr. 270 vom 29. Oktober 1951	Verwaltungsrechtliche Regelung bei Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung Nr. 235 des Hohen Kommissars der Französischen Republik in Deutschland	1369
Verordnung Nr. 272 vom 22. Dezember 1951	Einreichung von Beschwerden gegen die französischen Besatzungsbehörden und Streitkräfte in der Fassung der Verordnung Nr. 275 vom 28. Februar 1952	1371 1522
Verordnung Nr. 275 vom 28. Februar 1952	Verlängerung der durch die Verordnung Nr. 272 über die Einreichung von Beschwerden gegen die französischen Besatzungsbehörden und Streitkräfte festgesetzten Fristen	1522
Verordnung Nr. 286 vom 21. April 1955	Organisation der französischen Gerichte der AHK für die Zeit nach der Inkraftsetzung der Bonner Verträge	3227
II. Verfügungen und Anordnungen		
Verfügung Nr. 152 vom 1. Juni 1950	Sitz und gebietsmäßige Zuständigkeit der französischen Gerichte der Alliierten Hohen Kommission in der Fassung der Anordnung Nr. 188 vom 1. September 1952	440 1907
Verfügung Nr. 153 vom 1. Juni 1950	Zusammensetzung des Gnadenausschusses	441
Anordnung Nr. 157 vom 12. Oktober 1950	Sitz des Obergerichts für Rückerstattungssachen	632
Anordnung Nr. 188 vom 1. September 1952	Anderung der Verfügung Nr. 152 des Hohen Kommissars der Französischen Republik für Deutschland	1907
Anordnung Nr. 193 vom 1. September 1953	Festsetzung der Aufgaben und Zusammensetzung des Gemischten Beratenden Ausschusses zur Vorlage von Empfehlungen über Gnadenerweise und Strafaussetzungen für Kriegsverbrecher	2652
Anordnung Nr. 206 vom 21. März 1955	Gültigkeitserklärung von Legitimationen und Annahmen an Kindes Statt mit rückwirkender Kraft	3233
Anordnung Nr. 207 vom 21. April 1955	Organisation des Gerichts der AHK für die im Ersten Teil, Art. 4 des Vertrages zur Regelung der aus Krieg und Besatzung entstandenen Fragen vorgesehene Übergangszeit	3233
III. Entscheidung Nr. 192 vom 15. März 1951	Festsetzung der Mindestbeträge der von den französischen Angehörigen der Alliierten Streitkräfte, die ein im Gebiet der Bundesrepublik betriebenes Kraftfahrzeug halten, abzuschließenden Versicherungen	833

Anlage 2
(zu § 2)

Kontrollrat in Deutschland (KR)

Amtsblatt des Kontrollrats
in Deutschland

I. Gesetze

Seite

Gesetz Nr. 12 Artikel IX Abs. 2 vom 11. Februar 1946	Änderung der Gesetzgebung in Bezug auf Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewinnabführung	60
Gesetz Nr. 14 vom 11. Februar 1946	Änderung der Kraftfahrzeugsteuergesetze	73
Gesetz Nr. 28 Artikel III, IV und V vom 10. Mai 1946	Biersteuer und Zündholzsteuer	150
Gesetz Nr. 39 vom 12. November 1946	Erkennungsflagge, welche alle deutschen und ehemaligen deutschen Schiffe zu führen haben, die der Alliierten Kontrollbehörde unterstehen	226
Gesetz Nr. 47 vom 10. März 1947	Einstellung deutscher Versicherungstätigkeit im Ausland in der Fassung des AHK-Gesetzes Nr. A-15 vom 26. April 1951	263 Amtsblatt der AHK Seite 880
Gesetz Nr. 51 vom 31. März 1947	Änderung des Kontrollratsgesetzes Nr. 14 (Kraftfahrzeugsteuergesetz)	267
Gesetz Nr. 53 vom 31. Mai 1947	Änderung des Versicherungssteuergesetzes vom 9. Juli 1937	282
II. Direktive Nr. 27 vom 18. März 1946	Handhabung der Sozialversicherung für die bei den alliierten Besatzungsbehörden beschäftigten deutschen Zivilpersonen	146